

Seite: 1 bis 5
 Mediengattung: E-Paper
 Jahrgang: 2023

Nummer: 011
 Auflage: 997 (gedruckt)¹

¹ Verlag 01/2021

„Verschleppte Investitionen sind auch Schulden“

Stadtwerke ringen weiter um einen „Schutzschirm“ in der Preiskrise. Das geplante EU-Unbundling bei Gas- und H2-Netzen hoffen sie noch verhindern zu können. VKU Verbandstagung 2023 in Berlin.

Von Dominik Heuel Die deutsche Energielandschaft werde in der anhaltend turbulenten Marktsituation „weitere Maßnahmen des Krisenmanagements“ brauchen, betonte auf der jüngst zu Ende gegangenen „VKU Verbandstagung 2023“ in Berlin Gastgeber Ingbert Liebving, der Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen – sei es bei der Umsetzung der Preisbremsen, „beim Preisbremsenreparaturgesetz, wo wir größeren Unfug verhindern müssen“. Oder sei es bei der Erlös abschöpfung, „wo Unwuchten korrigiert werden“ müssten – „und die hoffentlich auch Mitte des Jahres beendet wird“, wie von Bundeswirtschaftsminister Habeck angekündigt, so Liebving. Angesichts zurückgehender Energiepreise sei „ohnehin nichts abzuschöpfen“, es entstehe aber „gewaltiger bürokratischer Aufwand“.

Doch im Kern der kommunalwirtschaftlichen Forderungen steht nach wie vor eine andere Frage – die nach einer „Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit“ der Stadtwerke, für die die Branche „um einen Schutzschirm wirbt“, wie Liebving betonte. Aktuell gehe es vor allem um „Liquiditätshilfen für die stark gestiegenen Sicherheitshinterlegungen im Terminhandel – mit der Umgestaltung des bestehenden Margining-Programms, das vom börslichen Handel auf den OTC-Bereich ausgedehnt werden müsse, damit staatliche Bürgschaften den Terminhandel unterstützen“, so Liebving.

Die Absicherung gegen einen Ausfall, die Vorlieferanten wie Uniper von den Stadtwerken forderten, verdeutlichte auch Carsten Liedtke von den Stadtwerken Krefeld per Videobotschaft im Rahmen des Kongresses, sei mittlerweile „nur noch durch Barmittel möglich, die der Höhe nach selbst gesunde Stadtwerke überfordern“. Die möglichen Fol-

gen seien die Einstellung von Handelsbeziehungen und steigende Preise, die an die Endkunden weitergegeben werden müssten. Für besonders widersinnig hält Liedtke, dass „für die Dauer der Preisbremsen der Bund dafür zahle. Für „noch besser“ als ein Margining-Programm auch für den OTC-Handel hielte er zudem „die Gewährung eines KfW-Bürgschaftsrahmens für alle Lieferanten – 16 Einzelländerrösungen helfen uns da nicht weiter“, so Liedtke.

Der mit diesen Forderungen angesprochene Bundesfinanzminister und zweite Vizekanzler Christian Lindner (FDP) ließ sich auf die Stadtwerke-Forderungen auf dem VKU-Podium nicht ein, mit Verweis auf die Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse. Der Bundesetat sei durch Krisenstützungen bereits „stark gefordert“. Man habe bestimmte Energieunternehmen verstaatlichen müssen, die Energiepreisbremse aufgelegt und „enorme Investition“ vorgenommen oder abgesichert. „Und das kann dieser Staat, wir sind jetzt bei 70 Prozent Verschuldung gemessen an der jährlichen Wirtschaftskraft – das ist noch stabil“, warnte der Finanzminister. Wollte man aber mit „dieser Form einer expansiven Fiskalpolitik“ weitermachen, würde dies selbst den deutschen Staat finanziell ruinieren, so Lindner. „Die Schuldenbremse ist nicht nur ein Gebot der Verfassung, sondern auch der ökonomischen Klugheit.“

Und auch in den nächsten Jahren stelle der Staat bereits Investitionsmittel bereit. „Zudem können wir privates Kapital verfügbar machen für transformative Aufgaben. Wir werden ein Transformationsgesetz machen, damit die vielen hunderte Milliarden Euro, die in Deutschland bei den Kapitalsammelstellen liegen, auch tatsächlich für Investitionen etwa in die Netze eingesetzt werden können“, so Lindner. „Dies

gesagt habend, muss ich allerdings an den Realismus appellieren.“ Darüber hinaus finanzielle Mittel vom Bund zu erwarten in diesen Größenordnungen – „ich würd’s Ihnen geben, aber das Geld ist schlichtweg nicht da“, so der Finanzminister.

Zapreva: „Verschleppte Investitionen in einem so wichtigen Bereich, das sind auch Schulden“

Die Schuldenbremsen-Argumentation blieb auf dem Kongress indes von Branchenstimmen nicht unwidersprochen. „Herr Minister, wir haben enorme Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen und sind aufgrund von Liquiditätsengpässen, die durch die außerordentliche Situation entstanden sind, die wir erleben an den Energiemärkten, daran gehindert“, reagierte auf Lindners ablehnende Haltung die Chefin des Kommunalversorgers energcity aus Hannover, Susanna Zapreva. „Es besteht die große Gefahr, dass man Investitionen verschleppt – und ich sage, verschleppte Investitionen in eine so kritische Infrastruktur, einen so wichtigen Bereich, auch das sind Schulden“.

Die Branche verlange nicht, dass die Bundesregierung „für alles aufkommt in den Kommunen“. Es gehe vielmehr darum, „in einem gewissen Rahmen Bürgschaften bzw. Liquiditätssicherheiten, die jetzt am Markt erforderlich sind“, zu gewähren. „Vermutlich nur ein kleiner Prozentteil wird das nutzen, aber das würde den Markt deutlich entspannen“, so Zapreva. Wenn die Branche nicht in der Lage sei, „gute und stabile Preise und Verträge“ anzubieten, betreffe das in einer „Kettenreaktion“ die Industrie und das Gewerbe. Lindner indes zog sich letztlich darauf zurück, in der Frage sei nicht er, sondern das Bundeswirtschaftsministerium zuständig.

„Den Gas- und H2-Netzbetrieb zu trennen, wird den Hochlauf der Was-

serstoffwirtschaft massiv behindern“

Auch mit deutlicher Kritik am geplanten Gas- bzw. Wasserstoffnetz-Unbundling, das die EU-Kommission vorgeschlagen hat, wurde auf der VKU-Verbandstagung von kommunaler Seite nicht gespart. „Mit besonderer Aufmerksamkeit schauen wir nach Brüssel, wo auf europäischer Ebene über das Unbundling von Gas- und Wasserstoffnetzen diskutiert wird“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing. „Die Pläne der EU-Kommission, das zu trennen, wird den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft mit Sicherheit nicht fördern, eher massiv behindern“, zeigte er sich überzeugt.

Ein breites Bündnis hatte jüngst den Vorschlag der Kommission zur eigentumsrechtlichen Trennung von Wasserstoff- und Gasnetzen zumindest für die Verteilnetzebene kritisiert. Liebing weiß sich zudem im Einklang mit einer Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, das die Position der kommunalen Unternehmen unterstützt. Im ITRE-Ausschuss hatte das Parlament sich gegen das Unbundling gestellt. Allerdings teilt im Trilog-Verfahren – wie die Kommission – auch der EU-Rat diese Auffassung nicht, insbesondere auch nicht das deutsche Wirtschaftsministerium. Auf der Verbandstagung bekräftigte indes die Ablehnung des Unbundlings die EP-Abgeordnete Marion Walsmann, kommunalpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. „Die Wasserstoffnetze der Zukunft, die bauen auf den Gasnetzen der Gegenwart auf. Und wer etwas anderes anstrebt, der ist mit der Realität nicht in Verbindung“, so Walsmann.

Unterstützung erhielten Liebing und Walsmann auch von anderer prominenter Seite. Auch Bundesfinanzminister Christian Lindner betonte auf dem Berliner Podium, „ich finde es töricht, wenn wir die Kompetenzen, die wir im Gasbereich in den Betrieben haben, nicht auch nutzen im Bereich der Wasserstoffwirtschaft – das wäre Verschwendung volkswirtschaftlicher Werte“, so der Finanzressort-Chef.

Ähnlich äußerte sich der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz. „Warum diskutiert die EU-Kommission schon wieder über das Thema Unbundling, nachdem wir doch beim Gas nicht nur gute Erfahrungen damit gemacht haben. Zum Thema „Unbundling jetzt auch zwischen Gas und Wasserstoff haben wir eine andere Meinung“, so der Oppositi-

onsführer im Deutschen Bundestag. „Wenn wir Gasnetze zur Verfügung haben, was spricht eigentlich dagegen, diese Netze, wenn sie dazu geeignet sind – das sind nicht alle, aber viele –, dann auch in Zukunft dafür zu nutzen, Wasserstoff darin zu transportieren.“

SWM-Chef Bieberbach: „EU-Kommission verliert sich bei Elektrolyseuren in kleinteiligen Diskussionen“

Ins selbe Horn stieß auf der Verbandstagung des VKU Stadtwerke-München-Chef Florian Bieberbach – und ging in seiner Kritik an der Brüsseler H2-Politik noch einen Schritt über die Netzproblematik hinaus. „Hinzu kommt noch das Problem mit den Elektrolyseuren“, so Bieberbach. Anstatt sich ein Beispiel zu nehmen an anderen Ländern wie den USA, Großbritannien oder Norwegen, die Wasserstoff im großen Stil vorantrieben, verliere sich die EU-Kommission „in kleinteiligen Diskussionen, ob das Windrad direkt neben dem Elektrolyseur stehen und zur gleichen Zeit produzieren“ müsse. „Das ist volks- und energiewirtschaftlich Unsinn – aus einer reinen ideologischen Feindseligkeit gegen kommunale Unternehmen“, so Bieberbach, der darauf setzt, dass die Regelungen „durch intensive Arbeit in Brüssel“ noch verhindert werden können – Bieberbach ist auch Chef des europäischen Verbands der kommunalen und regionalen Versorger, CEDEC. Unterstützung dafür kam auch von CDU-Chef Merz, der in Berlin betonte, „aus meiner Sicht ist da zu viel Mikromanagement unterwegs“.

Merz votierte zudem dafür, nicht nur grüner Wasserstoff müsse zugelassen werden, „sondern jede andere Form auch – keine Restriktionen“. Einig war sich der CDU-Politiker in dieser Frage mit FDP-Chef Lindner: „Wir haben natürlich alle das Ziel, dass der grüne Wasserstoff Kern einer neuen H2-Wirtschaft sein soll, aber der ist sehr knapp und teuer“, so Lindner. „Zumindest für eine Übergangszeit brauchen wir auch die anderen Farben des Wasserstoffs, den aus Abfall, den aus Erdgas gewonnenen Wasserstoff, meinetwegen auch den, der mit Hilfe von Nuklearenergie gewonnen ist.“ Überhaupt bezahlbaren Wasserstoff in ausreichender Menge verfügbar zu machen, sei bereits eine Herausforderung, „wir sollten da nicht zu wählerisch sein am Beginn einer H2-Wirtschaft“.

Strommarkt-Design: SWM-Chef Bieberbach warnt vor „französischem Modell“

Doch nicht nur das Gas- bzw. künftige Wasserstoff-System, auch das anstehende neue EU-Strommarkt-Design, dessen Vorlage die EU-Kommission für den 16. März angekündigt hat, kam auf VKU-Verbandstagung kritisch zur Sprache. Das Strommarktdesign dürfe keine bloße „Reparaturmaßnahme“ und „keine Momentaufnahme“ darstellen, mahnte Europa-Parlamentarierin Walsmann. Vielmehr müsse das neue Marktdesign „langfristig Versorgungssicherheit“ gewährleisten. „Deswegen geht es um die Frage, wie es weitergeht mit dem Merit Order-Prinzip“, so Walsmann. Einige Staaten votierten für eine „direkte Abkehr von dem System, um – wie sie sagen – Energie wieder billiger anbieten zu können – und somit die Trennung von konventionellen und erneuerbaren Energien“, so Walsmann. „Wir sagen im EP hingegen, für uns ist der funktionsfähige Energiemarkt eines der wesentlichen Elemente, um unsere Wettbewerbsfähigkeit in Europa sicherzustellen“, so die Unions-Politikerin. Stadtwerke München-Chef Bieberbach sprang Walsmann bei, er teile die Einschätzung, dass es eine Gefahr wäre, „wenn radikal viel am System geändert“ würde. „Was da jetzt vor allem von südeuropäischen Ländern in den Raum gestellt wird, eine komplette Abkehr von der Marktwirtschaft im Strommarkt-Design, hielte auch ich für einen riesigen Fehler“, so Bieberbach. Derartigen Veränderungen wären aus Bieberbachs Sicht auch eine „Bedrohung für die Kommunalwirtschaft in Deutschland, denn dieses Gegenmodell ist ja ein bisschen das französische Modell“, so der SWM-Chef. Ein großer, staatlicher und zentraler Energiekonzern, staatlich festgelegte gleiche Energiepreise für alle, staatliche Entscheidung über den Bau von Kernkraftwerken, zählte er auf. Das sei „einfach komplett inkompatibel“ mit der deutschen dezentralen Unternehmens-Landschaft, die auf einer Vielzahl vor allem kommunaler Akteure beruhe.

Müller: „Jedes E-Auto wird nach unserem Regelungsvorschlag geladen, vielleicht nicht ganz so schnell“

Neben dem Fokus auf das Stromsystem in der europäischen Energiesystem-Perspektive trieb die Diskutanten auf dem VKU-Podium auch die konkrete aktuelle Netz-Problematik in der lokalen Sicht der Kommunalversorger um. „Wir haben ein Defizit in den Verteilnetzen“, rechtfertigte Bundesnetzagentur-Präsident Klaus Müller die aktuellen Pläne

seines Hauses, die Vorgaben den § 14a EnWG für Eingriffe in den Strombezug konkreter auszugestalten. Hintergrund dieser Regelung sind erwartete Überlastungsprobleme im Verteilnetz, wenn immer mehr E-Autos oder Wärmepumpen am Netz sind und zeitgleich geladen bzw. betrieben werden. Ab 2024 will die Bundesnetzagentur ermöglichen, dass für solche Anlagen Strom gewissermaßen rationiert werden darf. Netzbetreiber sollen auf bestimmten Strängen die Stromversorgung – zeitlich begrenzt – drosseln dürfen. Im Gegenzug sollen indes die Verbraucher einen „sofortigen Anspruch auf Netzanschluss“ erhalten.

„Die Bundesnetzagentur hat nun im zweiten Anlauf einen neuen Vorschlag dazu zur Diskussion gestellt“, so Müller. 2021 hatte die Vorgängerregierung bereits einen ersten – letztlich gescheiterten – Versuch, die Materie zu regeln, gestartet. „Unser Vorschlag sieht anders aus, als das, was wir vor zwei Jahren gesehen haben – aber er ist die Brücke dahin, E-Autos, Wärmepumpen und andere Verbraucher wirklich in den Markt zu bringen“, so Müller – zugeschaltet in Berlin. Es handele sich um eine „Ermöglichungsfestlegung“, die aber „gleichzeitig betrachtet, wie der momentane Zustand der Netze ist“.

Die Bundesnetzagentur wolle einen „ausgewogenen Mix aus dem, was Verbraucher als Recht bekommen, nämlich ihre E-Autos anzuschließen“ – und „zeigen, was es an Ermäßigung an Netz entgelten auch als finanzielle Entschädigung bzw. Kompensation geben“ könne, so Müller. Hinzu komme, dass die Netzausbauverpflichtung steige, „wenn es zu einer Dimmung des Strombezugs“ komme. „Niemand muss Angst haben, jedes E-Auto wird nach unserem Regulierungsvorschlag geladen werden, vielleicht nicht ganz so schnell, wie sich das jemand wünscht.“ Das habe aber etwas damit zu tun, dass die Netze ausgebaut werden müssten.

Untereinander über Ladeverhalten austauschen

Wie oft es auf Basis der geplanten Regelungen zu Eingriffen kommen werde, lässt sich laut Susanne Fabry, Vorständin bei RheinEnergie, nur sehr schwer vorhersagen, „das kommt wirklich darauf an, in welchem Teil des Netzes man sich befindet“. Bei der RheinEnergie gebe es Netze etwa aus den 60er bzw. 70er Jahren. „Die sind nicht darauf dimensioniert, dass dort ganz viele Menschen laden. In neueren Netzen könne man hingegen „schnell viele neue Nutzer“ anbinden. Bei Aus- bzw. Umbaumaßnahmen im Niederspan-

nungsnetz versuche man bei RheinEnergie zudem, „größere Querschnitte“ zu legen. Aber auch wenn das Netz nicht ertüchtigt sei, würden nach Fabrys Einschätzung die Verbraucher die Eingriffe kaum bemerken. Im innerstädtischen Bereich rechnet die RheinEnergie-Managerin indes damit, dass sich schnell an zentralen Punkten Schnelllademöglichkeiten bilden werden, „die so ähnlich wie heute Tankstellen genutzt werden“, was das Problem für das Niederspannungsnetz entschärfe. Für den Fall einer klassischen Einfamilienhaus- oder Reihenhaussiedlung regte Fabry zudem an, dass Bewohner sich über ihr Ladeverhalten austauschen.

Habeck: „§14a ist Brücke, die immer steiler werden muss“

An die Adresse der Kritiker der Eingriffsmöglichkeit richtete auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf Berliner Podium den Hinweis, § 14a EnWG sei nur „der Engpass-Paragraph für die Zeit, während wir noch nicht ausreichend starke Verteilnetze haben, um alle Bedarfe in der Zukunft zu decken“. Die Regelung sei eine Brücke. „Aber diese Brücke muss immer steiler werden – wir dürfen uns nicht darauf ausruhen“, sondern müssten das Verteilnetz schnell ausbauen.

Wörter:

2100